
Guido Hitze

Eine britische Erfindung?

Neue Thesen und Fragestellungen zum deutschen Anteil an der Vor- und Gründungsgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen

1. Ausgangslage

In Bezug auf die Gründungsphase Nordrhein-Westfalens scheint deren Geschichte seit geraumer Zeit so gut wie auserzählt. Praktisch seit Jahrzehnten hat es hierzu keine wesentlichen neuen Veröffentlichungen mehr gegeben; Nordrhein-Westfalen war, so der wissenschaftliche Konsens, eines der 1946 oder später entstandenen typischen „Bindestrich-Länder“, ein Produkt der unmittelbaren Nachkriegszeit, ohne eigene Vorgeschichte und Traditionen, ein von der britischen Besatzungsmacht aus vor allem außenpolitischen und ökonomischen Motiven geradezu willkürlich zusammengesetztes Konglomerat aus den nördlichen Resten der alten Rheinprovinz und der ehemaligen preußischen Provinz Westfalen, 1947 ergänzt durch das vormals selbstständige Land Lippe-Detmold.

Für die bis heute dominierende These von der Alleinurheberschaft der Briten geradezu paradigmatisch scheint das unmissverständliche Diktum der Bielefelder Neuzeit- und Sozialhistorikerin Elisabeth Harder-Gersdorff (1932–2005) gewesen zu sein, die 1972 in einem in der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ erschienenen Aufsatz über die innen- und außenpolitischen Motive der Gründung Nordrhein-Westfalens kurz und bündig bereits im ersten Satz ihren eindeutigen Befund formuliert hatte: „Das Land Nordrhein-Westfalen wurde von der britischen Besatzungsmacht ohne Mitwirken und weitgehend auch ohne Mitwissen deutscher Politiker ins Leben gerufen.“¹ Im Jahre 1986, zum vierzigjäh-

1 Elisabeth Harder-Gersdorff, Außen- und innenpolitische Aspekte der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1945/46, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 23 (1972), S. 405–417, Zitat S. 415.

rigen Bestehen Nordrhein-Westfalens, erfuhr die Hypothese Harder-Gersdorffs eine vielfältige und starke Bestätigung. Zunächst auf der Zeche Zollern in Dortmund, später auch in Düsseldorf präsentierte die Landeszentrale für politische Bildung unter dem Titel „Im Westen was Neues“ eine historische Ausstellung zu den Anfängen Nordrhein-Westfalens.² Wie der Ausstellungstitel schon nahelegte, sollte hier der vollkommen neue Charakter des von den Briten geschaffenen Landes im Kontrast zu den Traditionslinien Preußens und des nationalsozialistischen „Dritten Reichs“ herausgearbeitet und betont werden. Entsprechend stellte der Historiker Rolf Steininger in seinem einführenden Beitrag gleich zu Beginn klar, die Entscheidung zur Landesgründung 1946 sei „eine britische Entscheidung“ gewesen, ungeachtet der „vielen Legenden über die Rolle der Deutschen“, denn die Deutschen hätten definitiv „bei dieser Entscheidung keine Rolle gespielt“. Das Land Nordrhein-Westfalen sei „eine Schöpfung der britischen Besatzungsmacht“, ohne die „dieses Land gar nicht vorstellbar“ sei; seine Entstehung sei „schlichtweg ein Stück europäische Geschichte“.³ Ein knappes Vierteljahrhundert später schrieb Klaus Pabst von Nordrhein-Westfalen als einem jener „Bindestrich-Länder“ aus der Retorte.⁴ Ebenfalls bereits 1986 fragte der Kölner Historiker Otto Dann nach einer „Vorgeschichte von Nordrhein-Westfalen“,⁵ nur um diese Frage sogleich negativ zu beantworten: Das Land sei „eine wirkliche Neuschöpfung“ gewesen,⁶ schrieb er einleitend, ehe er die erkenntnisleitende Fragestellung am Ende seines Beitrages noch einmal mit einem klaren „Nein“ beantwortete, wenn damit „eine geschichtlich bedingte Zusammengehörigkeit des Rheinlandes und Westfalens“ gemeint sei. Dann mahnte seine Historikerkollegen ausdrücklich, keine „historische[n] Ätiologien und Legitimationen für einen Akt der britischen Deutschlandpolitik des Jahres 1946 zu konstruieren“, denn Nordrhein-Westfalen

2 Vgl. zuletzt Guido Hitze, Das „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“. Ein Werkstattbericht, in: Westfälische Forschungen 69 (2019), S. 407–438, hier S. 413.

3 Rolf Steininger, Ein neues Land an Rhein und Ruhr. Großbritannien und die Entstehung Nordrhein-Westfalens, in: Im Westen was Neues. Die Anfänge Nordrhein-Westfalens. Ausstellung in der Zeche Zollern II/IV 21.6.–24.8.1986, Tagungsband hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, o. O. o. J., S. 15–33, Zitate S. 15.

4 Klaus Pabst, Mit dem Herzen Nordrhein-Westfalen. Walter Först, Wolfram Köhler und Peter Hüttenberger als Protagonisten des Landesbewusstseins, in: Jürgen Brautmeier/Kurt Düwell/Ulrich Heinemann/Dietmar Petzina (Hg.), Heimat Nordrhein-Westfalen. Identitäten und Regionalität im Wandel, Essen 2010, S. 73–87, Zitat S. 74.

5 Otto Dann, Gibt es eine Vorgeschichte Nordrhein-Westfalens?, in: Gerhard Brunn (Hg.), Neuland. Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46, Essen 1986, S. 29–37.

6 Ebd., S. 29.

besitze „eine unmittelbare Entstehungsgeschichte“ nur im Zusammenhang mit eben jener.⁷

Die zahlreichen Veröffentlichungen zum vierzigjährigen Bestehen Nordrhein-Westfalens wirkten offenbar stilbildend für nachfolgende Landesjubiläen und Publikationen, vor allem solche eher populärwissenschaftlichen Charakters. In ihrem eingängig geschriebenen, im Jahr 2000 erschienenen Landesporträt von Nordrhein-Westfalen sprachen die Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann und Patrick Brandenburg davon, Nordrhein-Westfalen habe in der Zwischenzeit seinen Weg vom „provisorischen Bindestrichland – von der britischen Besetzung am Reißbrett schnell zusammengeklammert – [in] eine europäische Kernregion“ gefunden. Da die Deutschen „bei der Entscheidung für Nordrhein-Westfalen“ seinerzeit „kaum gefragt“ worden seien, bleibe es bei der klaren Feststellung: „NRW ist eine britische Erfindung.“⁸ Auch der renommierte Zeit- und Verwaltungshistoriker Rudolf Morsey befand 2003 in seinen Erinnerungen kurz und knapp, „NRW [...] entstand 1946 als ungeliebtes Kind, als ein Land aus der Retorte, im Kontext britischer Besatzungspolitik.“⁹ In ihrem Vorwort zu dem Sammelband „Heimat Nordrhein-Westfalen“ fragten die Herausgeber Jürgen Brautmeier, Kurt Düwell, Ulrich Heinemann und Dietmar Petzina 2010, „ob das von der britischen Besatzungsmacht zwangsverheiratete Paar, nämlich der nördliche Teil der preußischen Rheinprovinz und das um die Region Osnabrück amputierte Westfalen mit dem verspätet hinzugekommenen Land Lippe, von seinen Bewohnern“ nach nunmehr über sechs Jahrzehnten „als ‚Heimat‘ verstanden und empfunden“ werde.¹⁰ Und schon zum 60-jährigen Landesjubiläum hatten Jürgen Brautmeier und Ulrich Heinemann im Vorwort zu „Mythen – Möglichkeiten – Wirklichkeiten“ vom „gemeinsamen Land Nordrhein-Westfalen“ als einem „von den Alliierten 1946 im sogenannten ‚Unternehmen Hochzeit‘“ zusammengeführten „Kunstgebilde“ gesprochen.¹¹ Der Journalist Ulrich Reitz konstatierte schließlich in seinem für den von Bodo Hombach 2019 herausgegeben Band „Heimat und Macht“ ge-

7 Zitate ebd., S. 37.

8 Ulrich von Alemann/Patrick Brandenburg, Nordrhein-Westfalen. Ein Land entdeckt sich neu, Köln 2000, S. 13, 26.

9 Rudolf Morsey, Von der Geschichte des Rheinlandes und Westfalens zur Landeszeitgeschichte Nordrhein-Westfalens. Erinnerungen eines Historikers, in: Gerd Ruge/Jörg Schäfer (Hg.), Lebensbilder – Landesbilder. Geschichten aus und über Nordrhein-Westfalen, Münster 2003, S. 40–51, Zitat S. 40.

10 Jürgen Brautmeier/Kurt Düwell/Ulrich Heinemann/Dietmar Petzina, Vorwort der Herausgeber, in: dies., Heimat (wie Anm. 4), S. 11–14, Zitat S. 11.

11 Jürgen Brautmeier/Ulrich Heinemann, „Es ist furchtbar, aber es geht“: 60 Jahre Nordrhein-Westfalen. Vorwort der Herausgeber, in: dies. (Hg.), Mythen – Möglichkeiten – Wirklichkeiten. 60 Jahre Nordrhein-Westfalen, Essen 2007, S. 7–9, Zitat S. 7.

schriebenen Essay zur Landesgeschichte trocken-sarkastisch: „Nordrhein-Westfalen ist, genau betrachtet, nicht eine Entscheidung, sondern ein Befehl. Ein Oktroi. Null Selbstbestimmung.“¹²

Die naheliegenderweise auf den britischen Codenamen „Operation Marriage“ für die Landesgründung zurückgehende Metapher von der Ehe wurde inner- wie außerhalb des Landes schon lange als Sinnbild für die Verbindung von Rheinland und Westfalen gebraucht – Lippe blieb unerwähnt, weil dann aus der legitimen Ehe eine unlautere Dreierbeziehung geworden wäre – und erreichte im Jubiläumsjahr 2006 eine ganz neue Popularität, weil sie vor allem als Aufhänger für beliebte und daher erfolgreiche Kabarettprogramme wie „Es ist furchtbar, aber es geht“ oder „Was Gott getrennt hat, darf der Mensch nicht verbinden“ diente. Das gleiche Bild verwandte auch der WDR für die Reihe „Doku am Freitag“. Die Redakteurin Nina Koshofer produzierte in Zusammenarbeit mit jungen Geschichtsstudenten der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf den Film „Operation Hochzeit – Wie die Briten NRW erfunden haben“.¹³ Ende August 2018 schließlich fasste der junge Zeithistoriker Florian Steffel von der Universität Paderborn in einem Interview mit dem Internetportal „OWLJournal“ den Wissensstand über die Landesgründung Nordrhein-Westfalens in der prägnanten Aussage zusammen, das Land sei „ein Produkt der Nachkriegszeit und des Kalten Krieges“.¹⁴

Im Grunde bedeutet diese Aussage nichts anderes als die Behauptung der berühmten „Stunde Null“ als alleinigem Ausgangspunkt der nordrhein-westfälischen Existenz. Genau so konnte man Rolf Steininger und insbesondere Otto Dann verstehen. Die Absolutsetzung des britischen Gründungsaktes 1946 war unvereinbar mit einem signifikanten Einfluss der Deutschen selbst auf eben diesen Gründungsakt. Insofern durfte es auch keine relevante Vorgeschichte des Landes in Form einer Gesamtsicht auf das Rheinland und auf Westfalen respektive Lippe geben, denn dies hätte ja im Umkehrschluss bedeutet, dass auch andere als nur aktuelle außen- bzw. verwaltungspolitische Gründe 1946 für die Vereinigung der beiden preußischen Westprovinzen gesprochen bzw. dass deutsche Überlegungen und Motive, die nichts mit der Situation nach dem Kriegsende

12 Ulrich Reitz, Nordrhein-Westfalen. – Eine politische Heimatkunde, in: Bodo Hombach (Hg.), Heimat & Macht. Von Arnold bis Rau, von Clement bis Laschet. Eine kurze Landesgeschichte NRWs, Baden-Baden 2019, S. 11–163, Zitat S. 72f.

13 Erstaussstrahlung am 13.8.2016, 16.00–16.45 im WDR-Fernsehen; Wiederholung am 12.5.2017, 14.30–15.15 Uhr auf dem Sender Phoenix. Nordrhein-Westfalen, so Autorin Koshofer, sei eine „Idee, die aus der Not geboren“ worden sei und habe seine Existenz „der Chuzpe der britischen Besatzer“ zu verdanken.

14 OWLJournal vom 28.08.2018, <<http://www.owl-journal.de/nordrhein-westfalen-ist-ein-produkt-der-nachkriegszeit-und-des-kalten-krieges/>> (19.3.2020).

1945 zu tun hatten, spürbaren Einfluss auf die Entscheidung der britischen Besatzungsmacht ausgeübt hätten. Insofern hätte es dann auch keine absolute „Stunde Null“ gegeben.

2. Alte Befunde, neue Erkenntnisse und zahlreiche offene Fragen

Wenn also der historiografische Mainstream seit den 1970er Jahren Recht hatte, dann entsprangen die Planungen zur Gründung Nordrhein-Westfalens allein britischen Überlegungen, die wiederum – ohne jede Vorbilder, Vorläufer oder gar Kontinuitäten – ausschließlich aus tagesaktuellen Erwägungen, taktischen Motiven und geostrategischen Planungen heraus angestellt worden waren, ohne Mitwirkung oder Kenntnis von deutscher Seite. Wie aber ist dann eine Karte vom Anfang der 1920er Jahre zu erklären, die ein Land entwarf, das beinahe exakt dem mehr als zwanzig Jahre später entwickelten Plan der Briten entsprach, und dies ohne Zweiten Weltkrieg, deutsche Kapitulation, die Aufteilung des Deutschen Reiches in vier Besatzungszonen und ohne den Hintergrund eines aufkommenden Ost-West-Konfliktes?

Bei besagter Karte handelte es sich um den Entwurf eines gewissen Hans Baumann, erstmals veröffentlicht in einem zeitgenössischen Beitrag des Hannoveraner Wirtschaftsgeografen Erich Obst über die Reformvorschläge der Neugliederungsdebatte der Weimarer Republik.¹⁵ Baumann teilte die Rheinprovinz entlang der seit 1815 bestehenden Grenze zwischen den Regierungsbezirken Köln und Koblenz (heutige Landesgrenze zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz) und schlug den Kreis Wittgenstein Westfalen zu, das Land Schaumburg-Lippe jedoch Niedersachsen. Sein Plan beließ den „Osnabrücker Zipfel“ bei Niedersachsen, integrierte dafür aber das Land Lippe-Detmold in Westfalen, dem auch das Land Waldeck zugewiesen wurde. Im Baumann-Entwurf wich „Rheinland-Westfalen“ damit in nur zwei Details vom späteren nordrhein-westfälischen Territorium ab: im besagten Fall Waldeck sowie bezüglich des Kreises Altenkirchen südwestlich von Siegen, der bei der Rheinprovinz verbleiben sollte. Zufall? Eine bürokratische Schnapsidee bzw. Phantasterei gelangweilter Technokraten? Eine bloße, immerhin merkwürdige, aber folgenlose Laune der Geschichte?

15 Erich Obst, Zur Neugliederung des Deutschen Reiches, in: Zeitschrift für Geopolitik 1 (1928), S. 27–40, hier S. 37. Die von Obst wiedergegebene Karte geht zurück auf die Hannoveraner Dissertation Hans Baumanns aus dem Jahr 1922; vgl. Hans Baumann, Kraftquellen und Verkehr als bestimmende Faktoren deutscher Wirtschaftsgebiete, Berlin 1923.

Die Vermutung, hierbei handele es sich um einen reinen „Zufall“, wird allerdings immer unwahrscheinlicher, wenn man die weiteren, seinerzeit öffentlich breit diskutierten Pläne der 1920er bis 1940er Jahre zur Neuordnung des Deutschen Reiches genauer betrachtet. In zweien davon (Entwürfe von Erwin Scheu 1928¹⁶ und August Weitzel¹⁷ bzw. Erich Obst 1926/30¹⁸) entstehen, mit teilweise allerdings gravierenden Abweichungen von Baumann und auch von dem auf dessen Spuren wandernden Wirtschaftsingenieur Hans Rabe,¹⁹ eine „Niederrheinische Wirtschaftsprovinz“ (Scheu) respektive ein eigenes „Land Niederrhein“ (Weitzel/Obst), die beide jedoch eines gemeinsam haben: die Vereinigung des nördlichen Rheinlands (daher der Begriff „Niederrhein“) mit Westfalen unter Abtrennung der Regierungsbezirke Koblenz und Trier von der alten Rheinprovinz. Darüber hinaus gab es noch einen weiteren spektakulären Plan, der allerdings nicht der Weimarer Republik, sondern dem Umfeld der Verschwörung des 20. Juli 1944 zuzuordnen ist. Danach hatte eine Gruppe um Fritz-Dietlof von der Schulenburg im Zuge der Beratungen des Kreisauer Kreises 1943/44 einen „Plan der großen Einheiten“ konzipiert, nach dem im Westen eines vom Nationalsozialismus befreiten Deutschlands neben neun weiteren „Reichsländern“ das Land „Niederrhein-Westfalen“ entstehen sollte, sozusagen „Rheinland-Westfalen“ ohne die südliche Rheinprovinz, dafür aber ergänzt durch das Emsland, das Oldenburger Münsterland und den Raum Osnabrück.²⁰

Wenn es indes derartige Überlegungen schon vor 1945 gegeben hatte, dann stellte sich die Anschlussfrage, ob und wenn ja in welcher Form sie bei der Neuordnung Nachkriegsdeutschlands durch die Alliierten eine Rolle gespielt haben

16 Erwin Scheu, Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke, Berlin 1928.

17 Vgl. August Weitzel, Die regionale Gliederung Deutschlands nach Wirtschafts- und Verkehrsgebieten, in: Erde und Wirtschaft 2 (1928), S.1–13; ders., Deutschlands Neugliederung nach dem Frankfurter Entwurf, Frankfurt a. M. 1931.

18 Vgl. Obst, Zur Neugliederung (wie Anm. 15).

19 Zum Plan Rabes vgl. ebd., S. 39; sowie dessen Dissertation: Hans Rabe, Der Eisenbahn-Güterverkehr Deutschlands in den Jahren 1913 und 1925 an Hand zeichnerischer Darstellungen mit erläuterndem Text, Hannover 1927.

20 Vgl. hierzu sowie zur Entstehungsgeschichte des „Plans der großen Einheiten“ v. a. Ulrich Heinemann, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990, S. 115–119. Sämtliche hier erwähnten Pläne, Karten und Entwürfe sind in überarbeiteter Fassung in Form eines Kartenanhangs wiedergegeben bei Werner Münchheimer, Die Neugliederung Deutschlands. Grundlagen – Kritik – Ziele und die Pläne zur „Reichsreform“ von 1919–1949, Frankfurt a. M. 1949. Eine informative zeitgenössische Übersicht findet sich auch bei Walther Vogel, Deutsche Reichsgliederung und Reichsreform in Vergangenheit und Gegenwart, Leipzig/Berlin 1932, S. 151–158.

könnten bzw. wer in diesem Fall als „Transporteur“ der Ideen in Betracht kam. Für Nordrhein-Westfalen ist diese Frage relativ schnell geklärt. Es handelte sich zunächst um drei Personen, die nachweislich über enge Kontakte zur britischen Besatzungsmacht verfügten und gleichzeitig Kenntnis von den Weimarer Neuordnungsvorstellungen des Reichsgebietes gehabt haben müssen: Erstens Konrad Adenauer als Kölner Oberbürgermeister, Mitglied der „Preußen-Kommission“ innerhalb der vom ehemaligen Reichsinnenminister Erich Koch-Weser geleiteten „Zentralstelle für die Gliederung des Reiches“ und Präsident des Preußischen Staatsrates; zweitens sein Nachfolger im Amt des Oberbürgermeisters 1945, Hermann Pünder, der als Chef der Reichskanzlei von 1926 bis 1932 den Diskussionsprozess um die „Reichsreform“ hauptamtlich koordiniert und geleitet hatte, sowie drittens Robert Lehr, als Düsseldorfer Oberbürgermeister Vorstandsmitglied des Deutschen und des Preußischen Städtetages und damit ebenfalls eng mit der Problematik einer Neugliederung des Reichsgebietes vertraut. Zu nennen ist hier aber darüber hinaus unbedingt auch der Münsteraner Oberstadtdirektor Karl Zuhorn, der nicht nur als maßgeblicher Akteur bei der Zusammenführung der Nordrhein-Provinz mit Westfalen im Jahre 1946 anzusehen ist und in den 1950er Jahren wesentliche Erkenntnisse zur Gründungsgeschichte Nordrhein-Westfalens beigesteuert hat,²¹ sondern als Landesrat der Provinz Westfalen vor 1933 auch an der Abwehr niedersächsischer Territorialansprüche auf Teile Westfalens beteiligt gewesen war.

Bereits 1961 hatte Wolfram Köhler in seiner Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens dezidiert auf die vor allem von Robert Lehr, Hermann Pünder und Karl Zuhorn entwickelten Vorstellungen und deren Vermittlung an britische Stellen verwiesen,²² ohne freilich den großen Anteil der Briten und die internationalen Rahmenbedingungen, unter denen die Landesgründung stattfand, zu verschweigen²³. Köhler bilanzierte in diesem Zusammenhang, „dass die Vereinigung der beiden Provinzen Rheinland und Westfalen keineswegs von den Besatzungsmächten nur befohlen und ‚oktroziert‘ worden ist, womöglich gegen den Willen der Bevölkerung“. Daher sei die Bildung des Landes auch „nicht der blinde ‚Willkürakt‘ politisch gleichgültiger Generale“ gewesen.²⁴ Walter Först betonte zehn Jahre später ausdrücklich, dass Lehr, Pünder und Zuhorn sich seinerzeit „Gedan-

21 Karl Zuhorn, Zur Vorgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Erörterungen und Pläne in Westfalen und Nordrhein im ersten Halbjahr 1946, in: Westfälische Forschungen 8 (1955), S. 102–134.

22 Vgl. Wolfram Köhler, Das Land aus dem Schmelztiegel. Die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1961, insbes. S. 120–128.

23 Vgl. ebd., S. 9–68.

24 Ebd., S. 127f.

ken über die territoriale Gliederung machten und diese Gedanken auch führenden Männern der Besatzungsmächte nahezubringen wussten“. Alle drei gehörten zwar „einer Partei, der CDU“ an, seien jedoch keine Politiker, sondern „von Beruf und Lebensstellung her Verwaltungsbeamte“ gewesen, und sie hätten „von früher her den Überblick und die Erfahrungen“ besessen, die notwendig gewesen seien, „um Territorialfragen analysieren zu können“. Auch Peter Hüttenberger geht in seiner Habilitationsschrift von 1973 ausführlich auf die deutschen Überlegungen und Bemühungen hinsichtlich einer Vereinigung der beiden Provinzen sowie auf ihren Einfluss auf die britische Seite ein, wobei er neben den bekannten Akteuren Lehr, Pünder und Zuhorn auch den ostwestfälischen Protestanten und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Friedrich Holzapfel, als wichtige Verbindungsperson zu den Briten nennt.²⁵ Hüttenberger spricht sogar davon, dass die „wichtigste Initiative zur Gründung Nordrhein-Westfalens“ „von der nordrheinischen Provinzialregierung“ ausgegangen sei.²⁶

Hinsichtlich einer relevanten Vorgeschichte Nordrhein-Westfalens im 19. und frühen 20. Jahrhundert schrieben die beiden Herausgeber der zwischen 1983 und 1985 erschienen voluminösen vierbändigen Gesamtausgabe zur Vor- und Frühgeschichte des Landes,²⁷ Kurt Düwell und Wolfgang Köllmann, in ihrem Vorwort, dass das Doppeladjektiv „rheinisch-westfälisch“ seit den 1820er Jahren „eine feststehende Bezeichnung“ für die beiden westlichen preußischen Provinzen und damit Ausdruck einer bestehenden „Interessengemeinschaft“, gar eines „Zusammengehörigkeitsgefühls“ der Menschen an Rhein und Ruhr gewesen sei und genau deshalb Nordrhein-Westfalen „gewiss eine Neuschöpfung der Nachkriegszeit, aber eben kein künstliches Gebilde ohne Vorgegebenheiten“ darstelle.²⁸ Und selbst Elisabeth Harder-Gersdorff, die „Urheberin“ der Behauptung von der britischen „Alleintäterschaft“ bei der Gründung Nordrhein-Westfalens, erwähnte in ihrem Aufsatz von 1972 Adenauer, Lehr, Pünder und Zuhorn als wichtigste Werber für einen Zusammenschluss von Rheinland und Westfalen bei den

25 Peter Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973, S. 204–214.

26 Ebd., S. 210.

27 Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hg.), *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter*, 4 Bde., Wuppertal 1983–1985. Zur Entstehung des Werkes, das als einziges Element aus dem nie umgesetzten Konzept einer großen nordrhein-westfälischen Landesausstellung realisiert worden ist, siehe auch Hitze, *Das Haus* (wie Anm. 2), S. 411–413.

28 Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann, Einleitung der Herausgeber, in: dies., *Rheinland-Westfalen* (wie Anm. 27), Bd. 1, S. 11–18; hier S. 12f., 18.

Briten²⁹ und konterkarierte in diesem Zusammenhang praktisch ihre Leitthese selbst, indem sie feststellte: „Ohne ihre Entschlüsse von deutschen Stimmen abhängig zu machen, respektierte die Besatzungsmacht deutsche Wünsche, falls sie sich mit den eigenen Plänen vereinbaren ließen.“³⁰

Es ist auch keineswegs so, dass die Zusammenhänge zwischen den Reichsreformplänen der Weimarer Republik bzw. deren Protagonisten und den deutschen Eliten, die mit den Besatzungsmächten über die Fragen der Länderneugliederungen nach dem Zweiten Weltkrieg in Kontakt standen, von der Forschung komplett ignoriert worden wären. Elisabeth Harder-Gersdorff berichtete bereits 1972 unter Berufung auf den langjährigen preußischen und Reichsinnenminister Carl Severing (SPD), dass 1945 „eine Massenproduktion an Plänen für die Neugliederung Deutschlands“ vorgelegen hätte. Severing selbst habe sich jedoch ablehnend zu den Vorschlägen von „bürgerlichen Politikern einer anderen Provinz“ geäußert.³¹ Was er hiermit konkret gemeint haben könnte, bezeichnete die Autorin wenig später als die Pläne „verschiedener Persönlichkeiten am Rhein“ für ein Land „Rheinland-Westfalen“.³² Sie verwies allerdings auch auf den Umstand, dass speziell in Münster in der offenen Situation des Jahres 1946 die „geschichtliche Chance“ erblickt worden sei, „aus einer historischen Landschaft, die niemals eine politisch geschlossene Einheit gebildet hatte, ein einheitliches Land Westfalen zu schaffen. Man hoffte Ziele zu verwirklichen, welche die Provinz Westfalen schon Ende der 1920er Jahre im Rahmen der Reichsreform der Weimarer Republik angestrebt hatte.“³³ Doch damit nicht genug der Verweise auf Weimar. Harder-Gersdorff erwähnte auch die 1946 „neuerlich akute[n] Pläne der Provinz Hannover, ein ausgedehntes Land Niedersachsen zu schaffen“ – auf Kosten Westfalens, das die Kreise Lübbecke, Minden, Herford, Bielefeld und Tecklenburg an den nordwestlichen Nachbarn abtreten sollte. Auch das waren sattsam bekannte Forderungen aus der Zeit der Reichsreformdebatte, wie nicht nur Carl Severing aufgefallen sein dürfte.³⁴ Schließlich skizzierte die Bielefelder Historikerin die in den Debatten der deutschen Politiker 1945/46 offen gebliebenen Faktoren für den noch nicht festgesteckten Bereich, „der ungefähr dem der Weimarer Reichsre-

29 Harder-Gersdorff, Außen- und innenpolitische Aspekte (wie Anm. 1), S. 410, 412, 416f.

30 Ebd., S. 417.

31 Ebd., S. 409; vgl. auch Carl Severing, *Mein Lebensweg*, Bd. 2, Köln 1950, S. 476–478.

32 Harder-Gersdorff, Außen- und innenpolitische Aspekte (wie Anm. 1), S. 409.

33 Ebd., S. 410.

34 Vgl. ebd., S. 410f.

form“ entsprochen habe, bezüglich Größe, Lage, wirtschaftlicher Struktur und landsmannschaftlicher Zugehörigkeit der künftigen Länder.³⁵

Im Gegensatz zu Harder-Gersdorff dementierte Kurt Düwell, ausgewiesener Kenner des deutschen Föderalismus und speziell der Auseinandersetzung zwischen Unitariern und Föderalisten in der Reichsreformdebatte der 1920er Jahre,³⁶ im Jahr des 60-jährigen Bestehens Nordrhein-Westfalens einen unmittelbaren Bezug zwischen den Konzepten der versuchten Länderneugliederung der Weimarer Republik und den von den britischen Besatzern nach 1945 angestellten Überlegungen. Erstere, vor allem „die Vorschläge der Länderkonferenz von 1928 oder des Bundes zur Erneuerung des Reiches über eine territoriale Neugliederung Deutschlands oder eine Verwaltungsreform“, seien den Briten schlichtweg nicht bekannt gewesen, und dies gelte wahrscheinlich sogar für die deutschen Emigranten in England, die – so schränkte Düwell ein – immerhin entsprechende Informationen, so sie denn über solche verfügten, an die Briten hätten weitergeben können. Düwell begründete seine Vermutung mit dem Umstand, dass in den britischen Akten, vor allem jenen des Sonderausschusses für territoriale Neugliederung des Alliierten Kontrollrates (CCG-BE), aber auch in den für die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen entscheidenden Beratungen des Overseas Reconstruction Committee (ORC) im Foreign Office in London „von ähnlichen früheren deutschen Plänen nicht die Rede“ gewesen sei.³⁷ Insgesamt muss dieser recht eindeutige Befund des renommierten Düsseldorfer Landeshistorikers überraschen, denn Düwell selbst hatte gut zehn Jahre zuvor auf einer deutsch-italienischen Historikertagung zum Thema „Zentralismus und Föderalismus in Italien und Deutschland“ praktisch das genaue Gegenteil berichtet. In seinem Beitrag von 1995 hieß es dezidiert, nach dem Zweiten Weltkrieg seien „vor allem von den deutschen Exilanten im Ausland und dann auch von den alliierten Besatzungsmächten die territorialen Reichsreformpläne der Weimarer Republik nochmals aufgegriffen worden“. Es sei erwiesen, dass diese Pläne „in Washington [...] und in London durchaus bekannt“ gewesen seien, so auch „im Beraterstab des

35 Ebd., S. 413.

36 Vgl. Kurt Düwell, Zwischen Föderalismus, Unitarismus und Zentralismus. Reichsreform und Länderneugliederung in der Weimarer Republik (1918–1933), in: Oliver Janz/Pierangelo Schiera/Hannes Siegrist (Hg.), Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich, Berlin 2000, S. 215–225.

37 Kurt Düwell, „Operation Marriage“. Die britische Geburtshilfe bei der Gründung Nordrhein-Westfalens, in: Geschichte im Westen 21 (2006), S. 27–42, hier S. 37f.

britischen Außenministers Ernest Bevin³⁸. Wenn dies zutrifft,³⁹ so stellen sich mehrere weiterführende Fragen: Um welche „territorialen Reformpläne“ aus den 1920er Jahren könnte es sich genau gehandelt haben, wer waren die von Düwell angeführten „Exilanten“ und schließlich: Mussten es ausschließlich deutsche Emigranten gewesen sein und nicht etwa auch in Deutschland verbliebene, das NS-Regime überlebende Angehörige der republikanischen Verwaltungseliten, die ihr Wissen über die Details der Weimarer Neugliederungsvorschläge den Besatzungsmächten weitergaben?

3. Die Spuren führen nach Weimar

Im Lichte bislang weitgehend unbeachteter Akten aus den Beständen des Bundesarchivs bzw. des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, jüngerer, aber auch wiederentdeckter älterer Forschungsliteratur und einer Neuinterpretation der vorliegenden Editionen und Standardwerke zur Vor- und Gründungsgeschichte Nordrhein-Westfalens⁴⁰ kann der jahrzehntealte Streit über den deutschen Anteil bei der Gründung des Landes wohl endgültig zu den Akten gelegt werden. Die britische Besatzungsmacht traf ihre Entscheidung 1946 völlig autonom, aber dennoch unter Hinzuziehung deutscher Expertise. Diese Einschätzung ist jedoch alles andere als originell oder gar neu. Wolfram Köhler und Walter Först, später auch Peter Hüttenberger haben dies unter Berufung auf die Erinnerungen und Beiträge Hermann Pünders oder Karl Zuhorns bereits in den 1960er und frühen 1970er Jahren konstatiert. Besagtem Befund, den Wolfgang Hölscher in der Einleitung seiner Edition deutscher Quellen zur Gründungsgeschichte Nordrhein-Westfalens prägnant zusammengefasst hat, ist so gesehen bis heute nichts hinzuzufügen: Die Briten bestimmten Art und Tempo des Neugliederungsprozesses, sie besaßen vage Vorstellungen von dessen Ergebnis, ohne bereits festgelegt zu sein, und sie trafen ihre Entscheidung auf der Basis

38 Düwell, Zwischen Föderalismus (wie Anm. 36), S. 222.

39 Zur Rolle deutscher Emigranten bzw. anglo-amerikanischer Deutschland-Experten bei der Vorbereitung der alliierten Pläne zur Besetzung und Aufteilung des Deutschen Reiches noch vor Kriegsende 1945 vgl. u. a. Arnold Brecht, Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preußens, Bonn 1949, S. 15, 163 (amerikanisches Original: Federalism and Regionalism in Germany. The Division of Prussia, New York 1945); sowie Anke John, Der Weimarer Bundesstaat. Perspektiven einer föderalen Ordnung (1918–1933), Köln/Weimar/Wien 2012, S. 43, 404.

40 Hierzu ist eine umfassende Monografie des Verfassers für das Jubiläumsjahr 2021 in Vorbereitung.

sorgfältiger Analysen der sich durchaus stetig verändernden internationalen bzw. außenpolitischen Rahmenbedingungen, konkret als Reaktion auf französische Vorstellungen und Ansprüche bzw. eine drohende sowjetische und damit kommunistische Einflussnahme an der Ruhr. Die Briten berücksichtigten ferner die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage in ihrer Zone, die durch Versorgungsengpässe, Wohnungsnot, Massenarbeitslosigkeit und eine in weiten Teilen zerstörte Infrastruktur gekennzeichnet war, und sie sorgten für den Aufbau tragfähiger demokratischer Strukturen in Verwaltung und Gesellschaft. Allein die Briten entschieden über den Zeitpunkt der Realisierung der ihrer Meinung nach zu treffenden Maßnahmen. Aber sie taten all dies nicht in Form eines abstrakten bürokratischen Akts, fernab des eigentlichen Geschehens am grünen Tisch in London, sondern – vor allem zwischen April und Juni 1946 – in „einer intensiven Wechselwirkung zwischen der britischen und deutschen Seite“.⁴¹ Dabei wurden „die deutschen Pläne in erheblichem Umfang von den Besatzungsbehörden, d. h. letztlich der CCG/BE, rezipiert“.⁴²

Mag auch in London von Anfang an eine Tendenz zur Bildung eines Landes „Rheinland-Westfalen“, also zur „großen Lösung“, bestanden haben, so waren deren Befürworter aber zwingend auf „treffende Argumente und entscheidende Detailkenntnisse“ angewiesen, um ihre Auffassung auch letztlich durchsetzen zu können.⁴³ Und diese Argumente und Kenntnisse konnten ihnen nur die (demokratisch gesinnten) deutschen Verwaltungseliten liefern, die sie, die Briten, ja selbst in ihre Ämter und Funktionen eingesetzt hatten, namentlich Robert Lehr, Hermann Pünder, Karl Zuhorn, Helmut Naunin und auch der als Kölner Oberbürgermeister entlassene Konrad Adenauer als Zonenvorsitzender der kommenden führenden deutschen Partei, der CDU.⁴⁴ Man könnte diese Liste Hölschers durchaus noch um die Namen Georg Schreiber und Friedrich Holzapfel sowie die Wirtschaftsvertreter Franz-Josef Gieselmann, Josef Wilden oder Walther Däbritz ergänzen, wobei die Stellungnahmen letzterer bzw. der rheinisch-westfälischen Industrie- und Handelskammern sowie das einschlägige Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) von Anfang Juni 1946 für die eigentliche Entscheidungsfindung der Briten wohl zu spät kamen,⁴⁵ sie aber immerhin im Nachhinein zusätzlich rechtfertigten.

41 So Wolfgang Hölscher, *Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen 1945/46*, Düsseldorf 1988, hier Einleitung, S. 81.

42 Ebd.

43 Ebd., S. 81f.

44 Ebd., S. 82.

45 Ebd.

Dennoch kamen Martin Rüter und Thomas Schneider in ihrer Rezension von Hölschers Quellenedition zu dem Schluss, „dass auch Hölscher mit seiner Edition keinen Nachweis für ein direkte Beeinflussung der britischen Entscheidungsfindung zur Gründung von NRW erbringt“.⁴⁶ Für dieses in Anbetracht der von Hölscher vorgelegten Quellen einigermaßen überraschende Urteil führten Rüter und Schneider verschiedene Begründungen an, so etwa die unklare, weil archivalisch noch unerschlossene Haltung der großen Wirtschaftsunternehmen an Rhein und Ruhr oder der angeblich manipulative Umgang mit dem Lehr-Memorandum von Anfang Mai 1946 durch General Robertson, der den nordrheinischen Oberpräsidenten dadurch „in gewisser Weise instrumentalisiert“ habe.⁴⁷ Vor allem aber diene ihnen „die Nichtberücksichtigung der ablehnenden Haltung der sozialdemokratischen Seite und des mit ihr sympathisierenden britischen Deutschlandministers Hynd“ als Nachweis für die nicht existierende „originäre deutsche Beteiligung“.⁴⁸ Ähnlich hatte bereits Elisabeth Harder-Gersdorff formuliert, als sie 1972 feststellte, gerade weil die „große Lösung“, wie sie in London beschlossen wurde, „seitens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und von anderen Politikern bekämpft“ worden sei, sei „der im Alleingang der Besatzungsmacht vollendete Entschluss für die Öffentlichkeit“ so „überraschend“ gekommen.⁴⁹

Diesen Einschätzungen liegt ein grundlegendes historisches Missverständnis zugrunde, das bis heute nachwirkt und auch jüngere Darstellungen der Gründungsgeschichte Nordrhein-Westfalens beeinflusst hat: die Vorstellung, dass es sich bei dem Land an Rhein und Ruhr um ein „ursozialdemokratisches“ gehandelt haben müsse, sozusagen um ein „Stammland der Sozialdemokratie“. Wenn nun die Sozialdemokraten gar nicht oder erst viel zu spät um ihre Meinung gefragt worden waren, dann, so die Schlussfolgerung, waren die Deutschen eben überhaupt nicht an der Landesgründung beteiligt gewesen. Arno Barth hat erst vor wenigen Jahren auf diese irrije Interpretation hingewiesen, indem er schrieb:

„Neben den Westfalen war die Sozialdemokratische Partei (in Rheinland und Westfalen) gegen die Gründung Nordrhein-Westfalens, was in heutiger Kenntnis der weiteren politischen Entwicklung dieses Landes überraschen

46 Martin Rüter/Thomas Schneider, Das neue Land an Rhein und Ruhr. Quellen zur Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens, in: Geschichte in Köln 1988, H. 24, S. 157–164, hier S. 163.

47 Vgl. ebd., S. 161f.

48 Ebd., S. 164.

49 Harder-Gersdorff, Außen- und innenpolitische Aspekte (wie Anm. 1), S. 406.

mag. 1945/46 und auch noch in den folgenden zwei Jahrzehnten war von der späteren SPD-Hochburg aber noch keine Rede. Vielmehr gingen alle Beobachter davon aus, dass die katholische Bevölkerung in der rheinischen und westfälischen Fläche die Genossen majorisieren würde, zumal die SPD durch christlich-soziale und kommunistische Konkurrenz auch unter den Arbeitern keine geschlossene Basis hatte. Somit fürchtete sie ein wirtschaftlich und demographisch zu starkes Land unter der designierten Führung des politischen Gegners.⁵⁰

Die Entscheidung der Briten, zumal ihr ein kaum zu übersehendes Misstrauen zumindest der Kontrollkommission und der Militärregierung gegenüber den Sozialdemokraten innewohnte,⁵¹ wurde demzufolge von SPD-Seite als Affront und Zumutung der Besatzungsmacht, ja als „Siegerdiktat“ gewertet,⁵² und dies, obwohl doch in London eine Labour-Regierung amtierte. Dieser Umstand aber verstärkte nur die Enttäuschung und Frustration der Sozialdemokraten, die sich in der bitterbösen Reaktion des Dortmunder Oberbürgermeisters Fritz Henßler Luft machte, der unter Anspielung auf die erst kurz zuvor durch die Sowjets erzwungene Fusion von SPD und KPD in Berlin zur SED im Juli 1946 von der „Zwangsvereinigung“ von Nordrhein und Westfalen sprach, die unbedingt noch verhindert werden müsse.⁵³ Soweit aber sollte es bekanntlich nicht mehr kommen, auch wenn die Sozialdemokraten noch bis zu ihrer Abstimmungsniederlage im Zonenbeirat am 18. September 1946, also vier Wochen nach der offiziellen Landesgründung am 23. August, bestrebt waren, das neue Land lediglich als „Übergangslösung“ zu betrachten, die durch ein „Zwei-Länder-Modell“ ersetzt werden müsse.⁵⁴ Was jedoch vom nahezu verzweifelten sozialdemokratischen Widerstand gegen die Landesgründung die Zeiten überdauert hat, war der Be-

50 Arno Barth, „Operation Marriage“ und andere Neuanfänge. Rheinland und Westfalen in der Nachkriegszeit, in: Rhein-Maas. Geschichte, Sprache und Kultur 6 (2015), S. 8–24, hier S. 15.

51 Vgl. Rolf Steininger, Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten, Düsseldorf 1988, hier Einleitung, S. 176.

52 Wilfried Reininghaus, Operation Marriage – Die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen unter Aufsicht der Briten 1946. Vorgeschichte und Folgen, in: Robert Kretzschmar/Anton Schindling/Eike Wolgast (Hg.), Zusammenschlüsse und Neubildungen deutscher Länder im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2013, S. 235–253, hier S. 245.

53 Vgl. Barth, Operation Marriage (wie Anm. 50), S. 15; Hölscher, Nordrhein-Westfalen, Einleitung (wie Anm. 41), S. 87.

54 Hierzu Hölscher, Nordrhein-Westfalen, Einleitung (wie Anm. 41), S. 87f.

griff der „Zwangsvereinigung“, der bis heute, mitunter ironisch gebrochen, unser Bild von dem eigentlich gar nicht zusammenpassenden „Kunstgebilde NRW“ maßgeblich geprägt hat.

Viel Lärm um nichts also, wenn Hölscher schon alles gesagt hat? Nicht ganz, denn sowohl Hölscher wie auch Hüttenberger oder Först rekurren bei ihrer Thematisierung des deutschen Beitrags zur Landesgründung Nordrhein-Westfalens und ihrer Protagonisten fast ausschließlich auf die unmittelbare Nachkriegssituation 1945/46. Dabei ist jene – im Unterschied zur britischen Position – für die deutschen Überlegungen und Wünsche gar nicht ausschlaggebend gewesen, sondern hat sie allenfalls nur verstärkt. Vielmehr entstammten die Überlegungen und Vorschläge sämtlich dem Kontext der Weimarer Republik, genauer den intensiven und umfangreichen Debatten um eine grundlegende „Reichsreform“ und territoriale Neuordnung der Länder innerhalb des deutschen Bundesstaates, wobei der Gegensatz zwischen „Unitaristen“ und „Föderalisten“ am Ende genauso wenig überwunden werden konnte wie der Dualismus zwischen Preußen als größtem und mächtigsten Einzelstaat und dem Reich.⁵⁵

4. Die Idee von „Rheinland-Westfalen“

Der Gedanke einer Verbindung von Rheinland und Westfalen unter Einschluss zumindest Lippe-Detmolds stellt keine Reaktion auf den Ausgang des Zweiten Weltkriegs dar, sondern ist eine Antwort auf die Bedingungen des Versailler Vertrages bzw. die vom Staatsrechtler Hugo Preuß angestoßene Diskussion über eine staatliche und territoriale Neuordnung der deutschen Republik gewesen. Das Ruhrgebiet mit seinen enormen Potenzialen, aber auch strukturellen Besonderheiten und Problemen ist ohne Zweifel ebenso der „Urgrund“ wie auch das Kerngebiet und die Klammer Nordrhein-Westfalens.

Doch das war es nicht erst 1946, sondern bereits 1920. Die Pläne der „Ruhrbarone“ und der Essener Handelskammer bezüglich einer rheinisch-westfälischen Wirtschaftsprovinz zielten darauf ab, die Zerreißung des Montanreviers zu verhindern, es gleichzeitig mit den rheinischen Energievorkommen (Aachener Steinkohle- und vor allem niederrheinisches Braunkohlerevier) sowie der rheinisch-bergischen Industrie zu verbinden, nach einem möglichen (und sogar an-

⁵⁵ Eine gute Übersicht hierzu bietet u. a. Jürgen John, „Unitaristischer Bundesstaat“, „Reichsreform“ und „Reichs-Neugliederung“ in der Weimarer Republik, in: ders. (Hg.), „Mitteldeutschland“. Begriff – Geschichte – Konstrukt, Rudolstadt 2001, S. 297–375.

gestrebt) Wegfall der südlichen Rheinprovinz durch die weiten westfälischen und niederrheinischen Agrarflächen ausreichend zu versorgen und schließlich die immerhin vor dem Hintergrund der 1920 gemachten Erfahrungen („Rote Ruhrarmee“) als real empfundene kommunistische „Bedrohung“ mittels der mehrheitlich eher konservativ orientierten Landbevölkerung einzudämmen. Die Idee „Rheinland-Westfalen“ ist so gesehen im Wesentlichen eine Idee der Schwerindustrie an der Ruhr und deshalb ist Nordrhein-Westfalen, das selbsternannte Land der Arbeit und des sozialen Fortschritts, auch nicht das Erbe der Arbeiterbewegung, sondern, ob man es will oder nicht, die verspätete Frucht entsprechender Vorstellungen rheinisch-westfälischer Wirtschaftskapitäne und des „Großkapitals“.

Die sich vor allem bei Konrad Adenauer 1945 ebenso wie bereits vorher 1919 und 1923 findende Vorstellung eines starken und großen rheinisch-westfälischen Bundesstaates innerhalb des Deutschen Reiches als Brücke der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland sowie als Kern einer paneuropäischen Montanunion bei gleichzeitiger Sicherung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets für Deutschland ist ebenfalls als Kontinuum zwischen beiden deutschen Weltkriegsniederlagen zu sehen und nicht als aus der Not geborene Idee des Jahres 1945.

5. Die Teilung des Rheinlandes und die Problematik einer „Ruhrprovinz“

Die Teilung der Rheinprovinz bedeutete keineswegs den unvermeidlichen, gleichwohl schmerzhaften Preis für die Einrichtung einer französischen Besatzungszone im Sommer 1945, die die Südgrenze Nordrhein-Westfalens definierte und damit sozusagen das territoriale Erscheinungsbild des neuen Landes wesentlich bestimmte. Schon 1943 bzw. 1944 hatte es anglo-amerikanische Überlegungen („Roosevelt-Plan“ bzw. „Pollock-Plan“) zur Abgrenzung der jeweiligen Besatzungszonen ohne jede französische Beteiligung exakt entlang dieser Linie gegeben.⁵⁶ Jene Überlegungen wiederum basierten auf zahlreichen Plänen aus der innerdeutschen Reichsreformdebatte vor 1933, welche darin übereingestimmt hatten, die Rheinprovinz zugunsten eines rhein-mainischen Gebietes im Süden zwischen den Regierungsbezirken Köln und Koblenz/Trier zu trennen, um ein überdimensioniertes neues Land im Westen zu vermeiden. Dass Adenauer, Pünder und auch Lehr of-

56 Vgl. Helmut H. F. Wagner, Die territoriale Gliederung Deutschlands in Länder seit der Reichsgründung. Eine politische Studie zur Raumordnung, in: Heinz-Günther Steinberg/Helmut H. F. Wagner (Hg.), Studien zur territorialen Gliederung Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1971, S. 1–147, hier S. 74f.

fiziell immer wieder den Verlust der südlichen Rheinprovinz bedauerten und ihre Rückgliederung anstrebten, mag persönlich aufrichtig gemeint gewesen sein, war auf der anderen Seite aber kaum mehr als eine rhetorisch-politische Pflichtübung, weil man sich, wie schon die Erörterung der diversen Weimarer Pläne gezeigt hatte, sicher sein konnte, dass durch die Vereinigung mit Westfalen das neue Land absolut lebensfähig und ausreichend mit Agrarprodukten versorgt sein würde.

Aus den gleichen Gründen fand die seit 1918 immer wieder aufkommende Idee einer eigenen „Ruhrprovinz“ weder im Ruhrgebiet selbst noch in den westlichen Provinzhauptstädten oder gar in Berlin die notwendige Unterstützung. Sogar die Nationalsozialisten schreckten vor der Errichtung eines „Ruhrgaues“ zurück bzw. verschoben eine Entscheidung hierüber auf die Zeit „nach dem Endsieg“. Schaut man sich die Argumente in den deutschen Memoranden vom Frühjahr 1946 und auch das Begründungsmuster General Robertsons in der entscheidenden Besprechung im Foreign Office genauer an, so ergeben sich über die Jahrzehnte und Systemwechsel hinweg frappierende Übereinstimmungen, die erst einmal nichts mit außenpolitischen Aspekten zu tun haben.

6. Abgrenzungskämpfe mit Niedersachsen

Der Konflikt mit der Nachbarprovinz Hannover, der ab April 1946 ganz wesentlich die Aktivitäten von Lehr, Pünder und vor allem Zuhorn mit angestoßen hat, ist ebenfalls viel älterer Natur und lässt sich bis ins Jahr 1921 zurückverfolgen. Dass er überhaupt wieder wirksam werden konnte, verdankte er allerdings der in jeder Hinsicht offenen politischen Situation des Jahres 1946. Diese war deshalb jedoch nicht seine Ursache. Gleichzeitig sahen sich bestimmte westfälische Verwaltungs- und Wirtschaftskreise in Gestalt der niedersächsischen Gebietsforderungen und der gleichzeitigen Möglichkeit der Bildung eines „Ruhrstaates“ einer Bedrohung der westfälischen Integrität ausgesetzt, die der der späten 1920er Jahre sehr ähnlich war.

Auf der anderen Seite bedienten sich die Wortführer einer westfälischen Eigenständigkeit, vor allem Rudolf Amelunxen, Walter Menzel, Carl Severing oder Hermann Höpker-Aschoff wie selbstverständlich der Argumente aus dem Kontext der Länderkonferenz und des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ („Lutherbund“).⁵⁷ Hinzu kam die prinzipielle Ablehnung einer rheinisch-westfä-

57 Zur Länderkonferenz 1928–1930 und zum „Erneuerungsbund“ vgl. u. a. John, *Der Weimarer Bundesstaat* (wie Anm. 39), S. 200–212.

lischen Einheit durch die Sozialdemokraten, die wie schon zu Weimarer Zeiten bei einem zu großen Land im Westen sowohl um die Reichseinheit, das heißt die Stellung einer starken Berliner Zentralinstanz, fürchteten, als auch unbedingt eine zu erwartende Dominanz der christlich-bürgerlichen Kräfte zu ihren Ungunsten verhindern wollten.

7. Der Sonderfall Lippe-Detmold

Schließlich ist selbst der spätere Beitritt Lippe-Detmolds zum bereits existierenden Land Nordrhein-Westfalen Anfang 1947 keine nachholende Reaktion auf die Schaffung vollendeter Tatsachen im Nachkriegsdeutschland gewesen, sondern ein Vorhaben, das Landespräsident Heinrich Drake schon Mitte der 1920er Jahre in seinen Verhandlungen mit Preußen über einen Anschluss an die Provinz Westfalen eingeleitet und das er 1931 noch einmal zu realisieren versucht hatte.⁵⁸ Der 1946 ausgebrochene Wettstreit zwischen den neu gebildeten Ländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen um die lippische Gunst verschaffte Drake lediglich die willkommene Gelegenheit, seine damaligen Forderungen nun in Form der „lippischen Punktationen“ verspätet, aber außerordentlich wirksam durchzusetzen.⁵⁹

8. Die Länderneugliederungen nach 1945 in Kontinuität zu Weimar

Was für den engeren rheinisch-westfälischen Raum gilt, gilt am Ende auch praktisch für alle nach 1945 gebildeten Länder der „alten“ Bundesrepublik mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, das so oder so ähnlich in keinem Plan der Weimarer Neugliederungsdiskussion vorgedacht worden ist, schlicht weil seine Existenz

58 Vgl. Reininghaus, *Operation Marriage* (wie Anm. 52), S. 246. Reininghaus zufolge hat das Hauptargument Drakes darin bestanden, dass aus Sicht Lippes die historisch und wirtschaftlich gewachsenen „Verbindungen zum benachbarten Minden-Ravensberg erhalten bleiben“ müssten. Das allein aber hätte nicht gegen einen Anschluss an Niedersachsen gesprochen, da ja auch der Regierungsbezirk Minden zwischen Westfalen und der Provinz Hannover höchst umstritten gewesen ist.

59 Ursula Rombeck-Jaschinski bemerkt hierzu in ihrer *Drake-Biografie*: „Die Denkschriften und Aktivitäten der späten Jahre der Weimarer Republik verdienen nur deshalb eine so ausführliche Würdigung, da nach dem Zweiten Weltkrieg nahtlos an diese angeknüpft wurde. Die angeführten Argumente sowie die handelnden Personen blieben die gleichen.“ Ursula Rombeck-Jaschinski, *Heinrich Drake und Lippe*, Düsseldorf 1984, S. 131.

tatsächlich unmittelbar auf die Schaffung einer französischen Besatzungszone und die praktische Politik der französischen Besatzer zurückzuführen ist. Mit dem „Sonderfall Rheinland-Pfalz“ eng zusammen hängt logischerweise auch das heutige Hessen, weil das „alte“ Hessen in Form von „Groß-Hessen“ mit „Rhein-Main“ stets in Zusammenhang mit dem Mittelrheingebiet und sogar der bayerischen Pfalz gedacht worden ist. Alle übrigen Länder im Westen sind jedoch, bis in ihre Bezeichnungen hinein, bereits in Weimar anhand verschiedener rationaler Kriterien in der einen oder anderen Form konzipiert worden, wie allein schon ein Blick auf die Karte des Verfassungsausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates über deutsche Wirtschaftsprovinzen von 1921⁶⁰ und die Entwürfe von Hans Baumann, Hans Rabe, Erich Obst, Erwin Scheu und August Weitzel („Frankfurter Entwurf“)⁶¹ belegt.

Waren die Deutschen auch wichtige Inspiratoren der alliierten Neugliederungsmaßnahmen, so blieben sie, was die Umsetzung ihrer Ideen anbelangt, doch vollständig auf die Besatzungsmächte angewiesen. Im Falle Nordrhein-Westfalens ist dieser Zusammenhang besonders evident. Wie die gescheiterte Verständigung zwischen der nordrheinischen und der westfälischen Provinzspitze über eine gemeinsame Lösung zeigt, hätte man sich bilateral, in Konfrontation mit Niedersachsen und schließlich auch im Zonenbeirat noch jahrelang unter Austausch stichhaltigster Argumente streiten können, ohne zu einem einvernehmlichen und alle Seiten befriedigenden Ergebnis zu gelangen. Nichts spricht dafür, dass die Deutschen nach 1945 die notwendige Kraft aufgebracht hätten, die notorische und auch strukturell bedingte Uneinigkeit aus der Zeit der ersten Demokratie nunmehr zu überwinden. Allein die Briten besaßen die Autorität, die Macht und die Möglichkeit, den aus Weimar geerbten Gordischen Knoten in Sachen Neugliederung zu durchschlagen. Das aber war den Befürwortern einer rheinisch-westfälischen Vereinigung sehr bewusst, im Unterschied zu ihren Gegnern. Und deshalb kann man durchaus davon sprechen, dass der deutschen Seite Nordrhein-Westfalen keineswegs von den Briten „aufoktroiyert“ worden ist, son-

60 Die auch nach dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Sozialdemokraten Albert Cohen, benannte Karte wird erwähnt, aber nicht abgedruckt bei Wolfgang Kohte, Die Gedanken zur Neugliederung des Reiches 1918–1945 in ihrer Bedeutung für Nordwest-Deutschland, in: Westfälische Forschungen 6 (1943/1952), S. 182–196, hier S. 185; sowie Frauke Thalheimer, Die Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet während der Weimarer Republik. Wirkungsgeschichte und Handlungsspielräume zwischen Konkurrenz und Kooperation, Berlin 1996, hier S. 81. Das Original befindet sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Rep. 92 (NL Bill Drews), Nr. 14, Bl. 324.

61 Vgl. auch John, Der Weimarer Bundesstaat (wie Anm. 39), S. 161–164.

dern dass sie selbst die Besatzungsmacht dafür genutzt hat, eine Entscheidung zu treffen, die sie gar nicht treffen konnte. Insofern bleiben die Briten die Gründer des Landes Nordrhein-Westfalen und niemand anderes, aber sie sind eben nicht die eigentlichen Urheber der Idee.

9. Vorläufiges Fazit

Weshalb sind all diese Zusammenhänge aber dann bis heute in Forschung und Publizistik trotz allgemein bekannter und seit Langem zugänglicher Quellen in ihrer sich gegenseitig bedingenden Relevanz für die Vor- und Gründungsgeschichte Nordrhein-Westfalens kaum bzw. gar nicht erkannt oder thematisiert worden? Die Antwort liegt vor allem in dem Umstand, dass die jeweiligen Fachhistoriker in der Regel nur ihr eigenes Interessenfeld bearbeitet und im Blick gehabt haben, es aber an den notwendigen Kontextualisierungen gemangelt hat.

So stellen Rolf Steininger und Wolfgang Hölscher in ihren hervorragenden und genauestens bearbeiteten Quelleneditionen zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen überhaupt keine Verbindungen zu der Zeit vor 1945 her. Für Steininger beginnt die Entstehungsgeschichte des Landes im Jahr 1945 mit der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg, also mit der berühmten „Stunde Null“, und keinen Augenblick früher. Dies zeigt sich allein schon anhand der von ihm verwendeten und auch abgedruckten Karten, immerhin zwölf an der Zahl, die bis auf den „Morgenthau-Plan“ sämtlich auf das Jahr 1945 oder später datieren.⁶² Dagegen sind ihm sowohl der Pollock- wie auch der Roosevelt-Plan⁶³ offenbar unbekannt, ganz zu schweigen von den zahlreichen Kartenentwürfen aus Weimarer Tagen. Oder aber er hat bewusst auf ihre Erwähnung bzw. Wiedergabe verzichtet. Dadurch wiederum vermag er gar nicht anders, als die britische Entscheidungsfindung ausschließlich als dilatorisch, zunächst unbestimmt und dann nur an tages- und außenpolitischen Gesichtspunkten orientiert zu beschreiben sowie die Rolle der Deutschen zu marginalisieren.

Für Wolfgang Hölscher wiederum ist die deutsche Beteiligung an der Landesgründung klar erwiesen. Er kennt und nennt auch die entscheidenden Namen. Aber er stellt keine Verbindung zwischen ihnen und den von ihnen vor 1945 bzw. 1933 wahrgenommenen Funktionen und Ämtern her, sodass ihm der Zusammenhang der deutschen Nachkriegsvorschläge mit der Weimarer Reichs-

62 Vgl. Rolf Steininger, *Ein neues Land an Rhein und Ruhr. Die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens 1945/46*, Stuttgart 1988, S. 10–21.

63 Vgl. nochmals Wagner, *Territoriale Gliederung* (wie Anm. 56), S. 74f.

reformproblematik verschlossen bleibt. Dabei weist er selbst auf die von „Wissenschaftlern“ und „Verwaltungsfachleuten“ in den 1920er Jahren „entwickelten zahlreichen Vorschläge zur territorialen Neugestaltung des Reiches“ und das „Scheitern der Neugliederungspläne“ hin, die laut seiner Aussage „auch Formen eines Zusammenschlusses von Rheinland und Westfalen propagiert“ hatten, „teilweise sogar in den Grenzen des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen“.⁶⁴ Damit war Hölscher auf der richtigen Spur, die er aber nicht weiterverfolgte, weil er zu dem Schluss kam, dass besagte Pläne „nicht von großer Wirkung“ gewesen seien und die wenigen „ernstzunehmenden Initiativen zur Reichsreform“ in Gestalt der Beschlüsse der Länderkonferenz oder der Vorschläge des Lutherbundes ohnehin die weiter voneinander getrennten Gebiete „Rheinland“ und „Westfalen“ vorgesehen hätten.⁶⁵

Im Unterschied zu Hölscher verwies Wilfried Reininghaus 2013 zwar auf das Auftreten von „Politikern und hohen Verwaltungsbeamten“ in den Neugliederungsdiskussionen innerhalb der britischen Besatzungszone, die „an der Diskussion um die Neugliederung des Reichsgebiets in der Weimarer Republik teilgenommen“ hätten. Doch auch er stellte lapidar das Scheitern besagter „Bemühungen“ fest und verzichtete darauf, konkrete Namen und Funktionen zu nennen, sodass sich eine mögliche Spurensuche im historischen Nebel verliert.⁶⁶ Kurz zuvor hatte jedoch Anke John deutlich gemacht, dass das „Scheitern“ der seinerzeitigen Reformpläne keineswegs gegen ihre Virulenz im Ringen um die Länderneubildung nach 1945 sprach, im Gegenteil: „Implementiert durch deutsche Experten sowie britische und amerikanische Deutschlandspezialisten“, so John,

„kehrten [...] Gedanken aus der Weimarer Reichsreformdiskussion wieder. Ihre damaligen Hauptakteure waren zudem als Ministerpräsidenten in den Verwaltungen und Landesparteien am Wiederaufbau entscheidend beteiligt und versuchten im Zusammenspiel mit oder konträr zu den Besatzungsmächten, ihre früheren Konzepte für eine effektive Formung der Staatsstrukturen sowie für die inneren Ländergrenzen umzusetzen“.⁶⁷

Zusätzliche „Legitimität“ hätten diese Konzepte besagter Ministerpräsidenten (und Oberpräsidenten, Oberbürgermeister, Oberstadtdirektoren, Landesräte

64 Hölscher, *Nordrhein-Westfalen*, Einleitung (wie Anm. 41), S. 15.

65 Ebd.

66 Reininghaus, *Operation Marriage* (wie Anm. 52), S. 242.

67 John, *Der Weimarer Bundesstaat* (wie Anm. 39), S. 403.

usw.) durch „ihre Bezüge auf Pläne des Widerstandes gegen Hitler“ erhalten, „welche an die Diskussionen der Weimarer Republik angeknüpft“ hätten.⁶⁸ Beide Bemerkungen Anke Johns treffen in besonderem Maße auf Robert Lehr zu, den die KPD im nordrheinischen Provinzialrat schon im Juli 1946 als einen „der Treibenden“ hinter der britischen Entscheidung zur Vereinigung von Rheinland und Westfalen ausgemacht hatte, was von Lehr auch ausdrücklich bestätigt wurde.⁶⁹

Betrachtet man die von Anke John erwähnten Konzepte und Pläne genauer, dann macht man eine überraschende Entdeckung: Von den etwa zwanzig wichtigsten, jedenfalls am meisten diskutierten Reformvorschlägen der Weimarer Reichsreformdebatte sah mehr als die Hälfte, nämlich zwölf (zählt man noch den später entstandenen Schulenburg-Plan der „großen Einheiten“ hinzu, waren es derer 13), ein Zusammengehen der beiden preußischen Westprovinzen Rheinland und Westfalen vor, wengleich in voneinander abweichenden Außengrenzen, wobei Scheu und der „Frankfurter Entwurf“ Weitzels die womöglich größte zeitgenössische Wirkung erzielt haben. Von diesen zwölf Plänen teilten immerhin sechs (mit Schulenburg sieben) die Rheinprovinz in eine mit Westfalen zu vereinigende Nordhälfte und eine an „Rhein-Main-Franken“ fallende Südhälfte mit den Regierungsbezirken Trier und Koblenz. Dagegen wollten lediglich acht, davon vier aus den unmittelbaren Anfangsjahren der Republik, Rheinland und Westfalen als eigenständige Einheiten belassen. Der von Wolfgang Hölscher erweckte Eindruck, dass von den „ernsthaften“ Reichsreforminitiativen alle die weiterbestehende Trennung von Rheinland und Westfalen vorgeschlagen hätten, ist demnach unzutreffend. Sie befanden sich im Gegenteil in der Minderheit, was im Umkehrschluss bedeutet, dass der Vereinigungsgedanke recht populär, auf jeden Fall aber allgemein bekannt gewesen ist⁷⁰ und daher die Zeitgenossen an Rhein und Ruhr im Jahre 1946 nicht wirklich überrascht haben kann. Insofern irrt Klaus-Jürgen Matz und hat gleichzeitig doch Recht, wenn er mit Blick auf Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bilanziert:

68 Ebd.

69 Vgl. Jürgen Brautmeier, Der Weg zum Landesparlament. Die Provinzialräte der Nord-Rheinprovinz und Westfalens 1945/46, in: Geschichte im Westen 1 (1986), Heft 1, S. 31–52, hier S. 52. Lehr entgegnete auf die Bemerkung der KPD: „An dem Entschluss selbst haben wir nicht mitgewirkt, aber in den Fragen zur Aufgliederung der britischen Zone haben wir sehr stark das Unsrige dazu beigetragen. [...] Hier ist nie behauptet worden, dass wir nicht Pläne zur Neugliederung der britischen Zone bearbeiten, sondern im Gegenteil, sie sind mit Sorgfalt erwogen worden. Auf die großen politischen Geschehnisse haben wir jedoch keinen Einfluss. [...] Trotzdem wird die Entscheidung in sachlicher Hinsicht durchaus von uns begrüßt.“ Zitat ebd.

70 Vgl. hierzu auch John, Der Weimarer Bundesstaat (wie Anm. 39), S. 26.

„War diese [niedersächsische] Landesgründung in zahlreichen bis dahin entworfenen deutschen Neugliederungsprojekten bereits vorgedacht gewesen, stellte die vor 1933 eher selten erwogene Zusammenführung der rheinisch-westfälischen Industrieregion eine veritable Innovation dar, deren Bedeutung von keiner anderen Territorialentscheidung der Besatzungszeit übertroffen wurde. Tatsächlich ist das Land Nordrhein-Westfalen als die wohl glücklichste Neubildung eines Landes nach 1945 zu betrachten.“⁷¹

Völlig unterschätzt, wenn überhaupt wahrgenommen, wird in der Forschungsliteratur der Entwurf von Hans Baumann. Wolfgang Kohte und Heinz Günter Steinberg⁷² erwähnen ihn immerhin, wobei Kohte sogar Baumanns Gedanken, „Westfalen einerseits mit der Rheinprovinz nördlich Jünkerath-Sinzig-Remagen, andererseits mit Lippe-Detmold zu verbinden“, attestiert, in „etwa das heutige Land Nordrhein-Westfalen“ vorwegzunehmen.⁷³ Doch geschieht dies merkwürdig teilnahmslos, beinahe lakonisch, als ob an dieser eigentlich sensationellen Beobachtung nichts Besonderes sei. Auch Hölscher mag mit seiner Bemerkung von den Vorschlägen, die „mehr zufällig als gezielt“ die Grenzen von Nordrhein-Westfalen bereits in den 1920er Jahren vorgezeichnet hätten, an Baumann und seinen Plan gedacht haben, so er ihm bekannt gewesen ist. Die hier zum Ausdruck kommende Geringschätzung bzw. Unterschätzung lässt sich nur damit erklären, dass bisher niemand den Zusammenhang von Baumanns Dissertationen mit Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) und den Bestrebungen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, eine Wirtschaftsprovinz Rheinland-Westfalen ohne die südliche Rheinprovinz zu kreieren, erkannt hat. Genau dieser Zusammenhang und das Wissen um die Motive der Ruhrindustrie aber erschließen dem aufmerksamen Beobachter die verspätete Wirksamkeit der Konzeption eines vereinigten „Rheinland-Westfalen“ und gleichzeitig dessen Scheitern zu Weimarer Zeiten: Gerade weil die seinerzeit entscheidend hemmenden Faktoren wie der alles überlagernde Dualismus Preußen – Reich und die außerordentlichen Beharrungskräfte der bestehenden preußischen Provinzen sowie der übrigen Länder wirklich innovative Lösungen einer Territorialreform verhindert hatten, vermochten diese sich nach dem Wegfall eben jener Faktoren

71 Klaus-Jürgen Matz, Länderneugliederung. Zur Genese einer deutschen Obsession seit dem Ausgang des Alten Reiches, Idstein 1997, S. 74.

72 Heinz Günter Steinberg, Der deutsche Westen und die Reichsreform, in: Walter Först (Hg.), Provinz und Staat, Köln/Berlin 1971, S. 95–139, hier S. 109.

73 Kohte, Die Gedanken (wie Anm. 60), S. 191.

in der Nachkriegssituation durchzusetzen. Hinzu kam der schon in den 1920er und frühen 1930er Jahren von einigen Kollegen Baumanns geäußerte Vorwurf, dieser habe viel zu wenig gewachsene politisch-historische Gegebenheiten bzw. „stammesgeschichtliche“ Hintergründe berücksichtigt. Das mag im Kontext der Weimarer Verhältnisse tatsächlich so gewesen sein – ein Schicksal, dass Baumann allerdings mit nahezu allen anderen Schöpfern halbwegs innovativer Ideen innerhalb der Reichsreformdebatte geteilt hat –, doch genau diese Gegebenheiten und Hintergründe spielten bei den Briten 1945/46 eine bestenfalls nachgeordnete Rolle. Die Besatzungsmacht war vielmehr an rationalen und praktikablen Lösungen interessiert, und diese wurden ihnen samt Begründungen in den Memoranden Lehrs und Pünders, die Baumann bewusst oder indirekt rezipierten, geliefert. Wenn man so will, bestätigt das Beispiel Baumann die bei Klaus Neumann zitierte Kritik Heinrich Schmidts „an der aus den Forschungen zur rheinischen und westfälischen Landesgeschichte hervorgegangenen Theorie der ‚Geschichtslandschaften‘“, der eine „einseitig konservative, gegen die nivellierenden Erscheinungen und Wirkungen industrieller Zivilisation gerichtete Tendenz“ innewohne.⁷⁴ Für Baumann gilt daher dasselbe, was Anke John pauschal für die gesamte Weimarer Reichsreformdebatte festhält: „Vor allem die Weimarer Neugliederungspläne belegen, wie die Industrialisierung und Technisierung der Lebenswelt mit Forderungen nach neuen Staatsstrukturen korrespondierten, die rationalen, bürokratischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten entsprechen sollten.“⁷⁵

Bedauerlicherweise hat Anke John den überzeugendsten Beleg für ihre These nicht gekannt: die Bemühungen der dem politisch weit rechts stehenden, nationalkonservativen Lager zuzuordnenden Handelskammer Essen, ihre rheinisch-westfälischen Vereinigungspläne eben nicht volkscundlich oder historisch zu begründen, sondern mit durch und durch rationalen, bürokratischen und vor allem ökonomischen Argumenten. Die dahinter stehenden politischen Absichten sind von Bernd Weisbrod,⁷⁶ Klaus Neumann und Frauke Thalhammer mehr oder weniger ausführlich dargestellt worden. Neumann thematisiert darüber hinaus detailliert die Bestrebungen der Ruhrwirtschaft zur Bildung „Rheinland-Westfalens“ sowie die Abgrenzungskonflikte Westfalens mit dem niedersächsischen Nachbarn. Weisbrod und Thalhammer entgehen dagegen die Konnexen zwischen den auf Art. 165 WRV basierenden wirtschaftspolitischen Bestrebungen zur

74 Klaus Neumann, *Politischer Regionalismus und staatliche Neugliederung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in Nordwestdeutschland*, Münster 1988, S. 498f.

75 John, *Der Weimarer Bundesstaat* (wie Anm. 39), S. 25.

76 Bernd Weisbrod, *Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise*, Wuppertal 1978.

Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten auf der territorialen Grundlage neuartiger Wirtschaftsprovinzen und der allgemeinen Weimarer Neugliederungsproblematik, die bis in die Gründungsphase Nordrhein-Westfalens hineinreichen. Letztere übersieht auch Klaus Neumann, weil er sich auf die frühen 1920er Jahre beschränkt und daher weder an den Karten von Baumann, Rabe, Scheu oder Weitzel interessiert ist, noch persönliche Kontinuitätslinien, wie sie über Adenauer, Pünder oder Lehr in die Nachkriegszeit führen, in den Blick nimmt.

Die aktive Rolle der Ruhrindustriellen erklärt auch, wenigstens zum Teil, weshalb die deutschen Akteure selbst weder den Briten noch der deutschen Öffentlichkeit gegenüber ihre persönlichen Bezüge zur Weimarer Neugliederungsdebatte erwähnt oder besonders betont haben. Gerade in Anbetracht der alliierten Bemühungen um eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets, dessen führende Industrielle als Finanziere Hitlers und Waffenlieferanten für seinen Angriffskrieg fungiert hatten, machte es sich nicht sonderlich gut, ausgerechnet auf frühere Verbindungen zu Industriearistokraten wie Gustav Krupp von Bohlen zu Halbach, Albert Vögler, Fritz Thyssen, Peter Klöckner, Paul Reusch oder Paul Silverberg hinzuweisen. Hinzu kam sicherlich aber auch der Umstand, dass die allgemeine Involvierung von Persönlichkeiten wie Adenauer, Pünder oder Lehr in die Reichsreformbemühungen als immer noch allseits bekannt vorausgesetzt werden konnte. Dies war bestimmt auch nicht der britischen Militärregierung entgangen. Jene wiederum hatte in Gestalt General Robertsons allerdings kaum ein gesteigertes Interesse daran, in London beim Vorbringen und Durchsetzen der eigenen Vorstellungen vom staatlichen Neuaufbau der britischen Zone ständig die deutschen Gewährsleute zu erwähnen oder – falls bekannt – gar selbst auf vorhandene Interessenkontinuitäten der Ruhrindustrie hinzuweisen. Dies mag zur Erklärung der von Steininger wiederholt beobachteten Abwesenheit deutscher Namen bei den entscheidenden Londoner Besprechungen hinreichend sein, wie auch schon Hölscher festgestellt hat.⁷⁷

Gleichwohl hat es diese über konkrete Personen ausgeübte deutsche Beteiligung gegeben und mit ihr die Brücke in die Weimarer Republik. Von einer „Stunde Null“ kann also auch in Bezug auf Nordrhein-Westfalen keine Rede sein. Zu Recht bezweifelt Arno Barth den mit dem Begriff der „Stunde Null“ assoziierten „Kontinuitätsbruch“ für Westdeutschland. Tatsächlich hat es einen solchen Bruch nie gegeben. Aber Barth reduziert die hinter der „Stunde-Null-Hypothese“ stehende „problematische Konstruktion“ ausschließlich auf die NS-Zeit.⁷⁸ Viel eher

77 Vgl. Hölscher, *Nordrhein-Westfalen*, Einleitung (wie Anm. 41), S. 82.

78 Barth, *Operation Marriage* (wie Anm. 50), S. 8.

ist an dieser Stelle zu fragen, weshalb wir uns so schwer damit tun, auf der Hand liegende Verbindungen zwischen der ersten und der zweiten deutschen Demokratie wahrzunehmen bzw. zu akzeptieren, obwohl diese doch offenkundig und logisch sind. Wer von den alten demokratischen Weimarer Eliten NS-Diktatur und Krieg einigermaßen unbeschadet überlebt hatte, sei es innerhalb des Reiches oder im Exil, der kehrte nunmehr in das öffentliche Leben zurück oder wurde von den neuen Machthabern zurückgerufen. Die Geschichte der Länderneugründungen nach 1945 ist für diese Kontinuitätsbildung ein anschauliches Beispiel.

Und auf noch eine historische Kontinuität soll an dieser Stelle wenigstens kurz hingewiesen werden: Wie diese Darstellung belegt hat, irrte Otto Dann, als er im Jahre 1986 behauptete, die „Vorgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen“ sei lediglich „die Geschichte seiner einzelnen Bausteine: der Rheinprovinz, der Provinz Westfalen, des Ruhrgebiets und des Staates Lippe-Detmold.“⁷⁹ Unter Bezugnahme auf Äußerungen Kurt Schumachers vom September 1946, der gerade mit Verweis auf die Unfähigkeit der Republik von Weimar, eine „demokratische Neugliederung des nationalen Raumes“ durchzuführen und bei dieser Gelegenheit „das Problem eines überdimensionalen Preußen [...] zu lösen“, eindringlich vor den „Größendimensionen des neuen Landes Nordrhein-Westfalen“ gewarnt hatte, fragte Dann, ob es „nicht nur einzelne Hinweise und Tatsachen, sondern ausreichende Gründe dafür“ gegeben habe, „um von einer geschichtlich bedingten Zusammengehörigkeit des Rheinlandes und Westfalens zu sprechen“.⁸⁰ Otto Dann beantwortete seine zentrale Fragestellung eindeutig negativ und konzidierte alleine der „Industriezone des Ruhrgebietes“, ihrerseits „starke integrierende Kräfte“ entwickelt zu haben, allerdings nur „begrenzt auf die neue Region“, nicht aber bezogen auf die beiden preußischen Westprovinzen insgesamt.⁸¹

Dieser Befund ist eindeutig falsch. Abgesehen von zahlreichen anderen und zum Teil wesentlich weiter in die Vergangenheit zurückreichenden Verbindungen zwischen dem Rheinland und Westfalen, wie etwa im kirchlichen Bereich die sich bis ins Sauerland erstreckende Kölner Kirchenprovinz oder das den gesamten linken Niederrhein mit einschließende Bistum Münster, war es gerade das Ruhrgebiet, welches beide Provinzen miteinander verklammerte und das Adjektiv „rheinisch-westfälisch“ zu einem deutschlandweit bekannten Begriff machte. Unter den besonderen Bedingungen des Versailler Vertrages und der Entstehungsgeschichte der Weimarer Republik wurde aus dieser Verklammerung eine regelrechte Schicksalsgemeinschaft, wie sie sich ab 1945 erneut ergeben sollte.

79 Dann, Gibt es eine Vorgeschichte (wie Anm. 5), S. 37.

80 Ebd., S. 30.

81 Ebd., S. 36.

Durch und über das Ruhrgebiet wurde Rheinländern wie Westfalen klar, dass sie trotz aller landsmannschaftlichen Unterschiede und regionalen Besonderheiten im Rahmen der seit 1815 bestehenden preußischen Verwaltungsstrukturen uningeschränkt aufeinander angewiesen waren und blieben. Dies gilt nicht zuletzt für rein materielle Aspekte wie Verkehrswege, Handelsbeziehungen und Warenströme, die Versorgung mit Agrarprodukten, Energiequellen und auch das Bildungswesen.⁸² All das schwang in den Vereinigungsgedanken der Weimarer Zeit maßgeblich mit, und all das war auch damit gemeint, als General Robertson in London davon sprach, dass die zu treffende Entscheidung über die Länderneugründung unbedingt das „Traditionsempfinden“ der einheimischen deutschen Bevölkerung berücksichtigen müsse, um die notwendige Akzeptanz für das neue staatliche Gebilde an Rhein und Ruhr zu erhalten. Wie die Jahre nach 1946 gezeigt haben, ist dieses Ziel durchaus erreicht worden.

Schließlich bleibt noch ein für Nordrhein-Westfalen zentraler Punkt: Weshalb genau vermochte sich die These von der künstlichen Alleingründung des Landes durch die Briten so lange zu halten und warum gewann sie eine so außerordentliche Popularität? Schließlich verweist kaum ein anderes der nach 1945 neu gegründeten Länder derart penetrant auf seine vermeintliche Künstlichkeit, Traditionslosigkeit und Fremdbestimmung wie Nordrhein-Westfalen. Und was hat das für Folgen für die nordrhein-westfälische Identitätsbildung gehabt? Oder umgekehrt: Wie würde sich dieses Identitätsbewusstsein verändern, wenn allgemein bekannt und akzeptiert wäre, dass Nordrhein-Westfalen im Kern eine nunmehr 100 Jahre alte deutsche Idee gewesen ist, die verschiedene noch ältere Traditionslinien aus dem 19. Jahrhundert zusammenführte, im Wesentlichen aber durch und durch rationalen und logischen Überlegungen gefolgt ist?

82 Vgl. nochmals u. a. Baumann, Kraftquellen (wie Anm. 15); sowie das RWI-Gutachten von Juni 1946, letzteres in: Hölscher, Nordrhein-Westfalen (wie Anm. 41), Dok. 179, S. 452-454.